

Freihandelsabkommen EU - USA/Kanada („TTIP & CETA“): Konzerne profitieren - Menschen verlieren **AUCH IN RHEINLAND-PFALZ!**

**Mainzer Allgemeine Zeitung
vom 15.02.2018:**

Ein Konsortium aus Event-agenturen bereitet eine Millionenklage gegen das Land Rheinland-Pfalz vor, weil die Landesregierung sich weigert diesem Konsortium künftig die Durchführung der Rheinland-Pfalz Aus- stellung zu übertragen. Rheinland-Pfalz droht da- mit eine Verurteilung vor einem der geheim tagenden privaten Schiedsgerichte.

**Trierer Volksfreund
vom 2.02.2020:**

In der Staatskanzlei hat man Angst vor weiteren Millio- nenklagen der Konzerne. Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge durch das Land und die Kommunen kommen ortsansässige Betriebe wegen des Freihandelsab- kommenregimes von TTIP & CETA daher schon seit Jahren nicht mehr zum Zuge.

**Meldung der SWR Landesschau
vom 5.08.2018:**

Private Hochschulen-Betreib- er aus den USA und Kanada be- trachten das Landeshochschul- gesetz in Rheinland-Pfalz als „Renditeschmälerndes Han- delshemmnis“. Dem Landtag wurde nun eine Frist gesetzt, um das Landeshochschulge- setz außer Kraft zu setzen. An- derenfalls käme es zu einer Schadensersatzklage in mehr- stelliger Millionenhöhe.

**Mainzer Allgemeine Zeitung
vom 18.09.2020:**

In vielen Kommunen des Landes Rheinland-Pfalz wurde in jüngerer Zeit die sich ehemals im Eigentum der Gemeinden befindliche Wasserversorgung durch den Nestle Konzern übernom- men. Überall waren Preis- steigerungen und Qualitäts- einbußen die Folge.

**Rheinzeitung
vom 14.11.2019:**

Mehrere Touristikkonzerne zeigen Interesse an der Ver- marktung des Mittelrheint- als und drohen bei fehlen- der Kooperationsbereit- schaft des Landes bereits mit neuen Schadensersatz- klagen.

**Die Rheinpfalz
vom 11.03.2021:**

Private Sicherheitsdienste sehen sich in ihrem Expan- sionsstreben behindert und fordern die weitere Übertra- gung von Aufgaben der Polizei auf den privaten Sektor. Anderenfalls drohten Wachstumseinbußen. Sollten sich die Renditeerwartungen der Branche nicht realisieren lassen wolle man ein Frei- handelsschiedsgericht an- rufen. Eine Berufung gegen deren Urteile sind nicht zugelassen.

Sind das die Schlagzeilen der Zukunft?

Wegen der schon für 2016 geplanten Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) sowie der EU und Kanada (CETA) sind solche Meldungen in Zukunft unter Umständen nicht mehr bloße Fantasie oder Satire... (bitte wenden)

www.attac-netzwerk.de/mainz

attac Mainz ist Mitglied im rheinland-pfälzischen Netzwerk gegen TTIP und CETA: <http://ttipvsrlp.de/netzwerk/>



attac

Mainz

AK Globalisierung und Kommunalpolitik

Aber wie werden die Auswirkungen der Freihandelsabkommen TTIP & CETA auf eine Region wie das Bundesland Rheinland-Pfalz oder auch auf die Kommunen vor Ort tatsächlich aussehen und welche Konsequenzen hätte das dann für uns alle? Wie können die Bundesländer, die Regionen und die Kommunen, wie kann die Zivilgesellschaft der durch TTIP & CETA drohenden Übermacht der Konzerne überhaupt noch die Stirn bieten und den Ausverkauf öffentlicher Daseinsvorsorge stoppen? Und was hat das alles zu tun mit den am 13. März 2016 in Rheinland-Pfalz stattfindenden Landtagswahlen?

Diese und viele andere Fragen wollen wir gemeinsam diskutieren mit den Kandidatinnen und Kandidaten für den Mainzer Landtag am **Dienstag, 23. Februar 2016 um 19.30 Uhr** im Institut für Vor- und Frühgeschichte in Mainz, Schillerplatz 11

Wer mit den Freihandelsabkommen "TTIP & CETA" noch nichts verbinden kann: Es handelt sich hierbei um **Freihandels- und Investitionsschutzabkommen**, die derzeit **hinter verschlossenen Türen** zwischen der EU-Kommission und den USA/Kanada verhandelt werden und bereits **2016** eingeführt werden sollen. Man denkt in diesem Zusammenhang vielleicht an „Chlor-Hühnchen“, Hormonfleisch oder Fracking, aber doch nicht an die Bundesländer, Regionen und Kommunen.

Dennoch werden diese Abkommen **in alle Lebensbereiche hineinwirken**. Denn im Fokus der TTIP & CETA Geheimverhandlungen stehen die Einführung einer ebenfalls geheim tagenden **Sondergerichtsbarkeit für multinationale Konzerne** und die Ausschaltung von sogenannten "nichttarifären Handelshemmnissen". Hinter diesem nebulösen Begriff verstecken sich insbesondere sozialstaatliche Regelungen ebenso wie Steuergesetzgebung oder Naturschutzaufgaben. Letztlich könnte dadurch **jede Form demokratisch legitimierter Entscheidungsfindung faktisch ausgehebelt** werden. Und zwar nicht nur auf Bundesebene, sondern auch auf Ebene der Bundesländer und der Regionen und Kommunen.

www.attac-netzwerk.de/mainz

attac Mainz ist Mitglied im rheinland-pfälzischen Netzwerk gegen TTIP und CETA: <http://ttipvsrlp.de/netzwerk/>



attac

Mainz

AK Globalisierung und Kommunalpolitik